



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

Drucksache Nr.:
09775-07-E1

An den
Vorsitzenden des Kinder- und Jugendausschusses

11.09.2007

Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		2.6
Gremium:		Beratungstermin:
Kinder- und Jugendausschuss		12.09.2007

Tagesordnungspunkt

Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern - Kinderbildungsgesetz (KiBiz)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN bitten unter TOP 2.6. „Kinderbildungsgesetz (KiBiz)“ um Beratung und Abstimmung der folgenden Resolution. Der Rat der Stadt Dortmund wird gebeten, sich diesem Beschluss in seiner Sitzung am 13. September anzuschließen.

Beschluss zum Entwurf der Landesregierung NRW für ein Kinderbildungsgesetz (KiBiz)

Mit der Umsetzung des vorgelegten Entwurfs für ein neues Kinderbildungsgesetz (KiBiz) wird die derzeit in den Kindertageseinrichtungen unserer Stadt aufgebaute Struktur einer guten Erziehungs- und Bildungspraxis bedroht. In wesentlichen Punkten wird KiBiz den Anforderungen an ein modernes, kindgerechtes und familienfreundliches Kindergartengesetz nicht gerecht:

- 1. Verschlechterung des Betreuungsstandards**
Der bewährte und gute Betreuungsstandard der Kleinen Altersgemischten Gruppe wird abgeschafft.
- 2. Vergrößerung der Gruppen**
Die bisherigen Höchstgrenzen für Gruppengrößen werden abgeschafft, Gruppen können ohne zusätzliches Personal weiter vergrößert werden.

3. **Schlechtere Arbeitsbedingungen, Verringerung der Qualität**
Die Arbeitssituation der Erzieherinnen und Erzieher verschlechtert sich dramatisch. Sie müssen nicht nur mehr Kinder betreuen, sondern erhalten zusätzlich mehr organisatorische, inhaltliche und bürokratische Aufgaben. Die Qualität der Erziehungs-, Bildungs- und Förderarbeit der bisherigen Kindergartenpraxis verschlechtert sich.
4. **Die Freistellung der LeiterInnen wird eingeschränkt.**
5. **Reduzierung der Mitbestimmungsrechte**
Die Mitbestimmungsrechte der Eltern werden auf eine bloße Beiratstätigkeit reduziert.
6. **Höhere Elternbeiträge**
Durch die Festsetzung des völlig unrealistischen Elternbeitrags von 19 Prozent bei gleichzeitigem Rückzug des Landes aus dem Elternbeitragsdefizitverfahren werden viele Kommunen gezwungen sein, die Elternbeiträge zu erhöhen. Landeseinheitliche Standards wird es bei den Elternbeiträgen und der Betreuungsqualität nicht mehr geben.
7. **Einschränkung der Planungssicherheit**
Durch unterschiedlich buchbare Betreuungszeiten wird die Planungssicherheit der Träger dramatisch eingeschränkt. Unklar bleibt außerdem, in welcher zeitlichen Größenordnung der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sichergestellt werden soll.
8. **Schlechtere Ausstattung bei Ganztags und U3**
Die finanzielle Beteiligung des Landes an dringend notwendigen weiteren Ganztagsangeboten wird gedeckelt. Ganztagsangebote und Angebote für Kinder unter drei Jahren werden nach dem KIBIZ wesentlich schlechter ausgestattet sein.
9. **Unzureichende Sprachförderung**
Die vorgesehenen Mittel für die Sprachförderung reichen bei weitem nicht aus. Eine qualitativ hochwertige Förderung ist unter diesen Voraussetzungen nicht möglich.
10. **Betriebskindergärten sollen keine öffentlichen Zuschüsse mehr erhalten.**

Konkret bedeutet der Entwurf des KiBiz für die Stadt Dortmund laut Verwaltung unter anderem:

- Der städtische Eigenbetrieb FABIDO verliert ca. sechs Millionen Euro an anrechenbaren Betriebskosten gegenüber dem GTK.
- Ganztagsangebote und Angebote für Kinder unter drei Jahren werden nach dem KiBiz wesentlich schlechter ausgestattet sein. Die den Kindpauschalen hinterlegten Gruppentypen sehen bei der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern unter drei Jahren ausschließlich den Einsatz von Fachkräften vor. Dieser Standard wird bei der Zuordnung der Pauschalen nach der Verfahrensverordnung nicht umsetzbar sein.
- Die von Landesseite vorgesehenen Ausbaustufen für Plätze für Kinder unter drei Jahren und die damit verbundene Kontingentierung zur Aufnahme von in den Kommunen geschaffenen Plätzen oder Gruppen in die Landesförderung lassen erwarten, dass weiterhin nicht alle in Dortmund im Rahmen des Ausbauprogramms geschaffenen Gruppen zeitnah auch mit Landeszuschüssen gefördert werden.

- Aufgrund der aktuellen Kontingentierungen von Gruppenumwandlungen bzw. bei der Betriebskostenförderung neu eingerichteter Gruppen können Landeszuweisungen für Angebote im Rahmen des Ausbauprogramms in Höhe von ca. 2,4 Millionen € nicht realisiert werden können. Ende 2008 können es voraussichtlich bis zu ca. 3,6 Millionen € sein.
- Durch das Festhalten am vollkommen unrealistischen Elternbeitragsaufkommen von 19 Prozent bei der Betriebskostenförderung entsteht für die Stadt eine Differenz zwischen Sollpauschalen und tatsächlichen Elternbeiträgen in Höhe von ca. 6 Millionen Euro jährlich. Diese Differenz muss entweder dauerhaft ohne Beteiligung des Landes aufgebracht oder wie in anderen Kommunen durch eine in Dortmund bisher vermiedene erhebliche Anhebung der Elternbeiträge ausgeglichen werden. Die neuen Betreuungszeiten von 25, 35 oder 45 Stunden machen in jedem Fall eine neue Beitragssatzung für Dortmund erforderlich.
- Durch die im KIBIZ vorgesehenen Regelungen zur Betriebskostenförderung werden im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung Angebote in den Kindertageseinrichtungen geschaffen und entsprechende Landesmittel beantragt, deren tatsächliche Bezuschussung jedoch nicht sichergestellt zu sein scheint. Hier liegen sowohl für die Träger als auch für die örtlichen Jugendämter derzeit unkalkulierbare Risiken bei der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen.

Der Kinder- und Jugendausschuss sowie der Rat der Stadt Dortmund lehnen deshalb den vorgelegten Gesetzentwurf für ein Kinderbildungsgesetz ab und fordern den Landtag NRW auf, diesen Entwurf nicht weiter zu beraten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden sowie den freien Trägern der Jugendhilfe, den Elternverbänden, Gewerkschaften und Berufsverbänden einen neuen Gesetzentwurf zu entwickeln, der den Ansprüchen an eine moderne Elementarerziehung genügt. Dabei sollte perspektivisch auch die Beitragsfreiheit für den Besuch von Kindertageseinrichtungen aufgenommen werden.

**Mit freundlichen Grüßen
gez. Joachim Fischer
SPD-Ratsfraktion**

**Mit freundlichen Grüßen
gez. Wolfram Frebel
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

f.d.R.:

f.d.R.:

Monika Greve

Stefan Neuhaus